

## Thema des Monats

### Bauindustrietag 2007

(brb).-Der Bauindustrietag 2007 des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen führte am 8. November 2007 zahlreiche Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung nach Hannover. Die Veranstaltung stand im Zeichen von zwei Festvorträgen, gehalten von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Winfried Hassemer, Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, zum Thema „Freiheit und Sicherheit am Beispiel der Kriminalpolitik“ sowie von Prof. Dr. Dr. h.c. Walther Ch. Zimmerli, Präsident der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus, zum Thema „Mobilität – Wunschtraum oder Albtraum der Menschheit?“. Für die Niedersächsische Landesregierung sprach Frau Dr. Christine Hawighorst, Staatssekretärin im Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit.

In seiner Begrüßungsrede hob der Präsident des Bauindustrieverbandes, Prof. Dr.-Ing. Rolf Warmbold, hervor, dass die deutsche Bauwirtschaft im Jahr 2006 erfreulicherweise erstmals seit langem wieder einen wesentlichen Beitrag zur positiven Entwicklung des Sozialprodukts beisteuern konnte. Allerdings zeigten sich in der weiteren Konjunkturbetrachtung 2007 deutliche regionale und sektorale Unterschiede. So gäbe es schon wieder Regionen im Land Niedersachsen, die von deutlicher Kurzarbeit am Bau geprägt würden, weil die Aufträge ausblieben.

Die Konjunkturschwankungen, so Prof. Warmbold, betrafen insbesondere den Straßenbau und den Eisenbahnerbau.

Schwerpunktmäßig widmete sich der Verbandspräsident in seinen Ausführungen dem von der Bauindustrie Niedersachsen-Bremen vorgelegten Forderungskatalog zur Landtagswahl in Niedersachsen im Januar 2008. Aus Sicht Warmbolds sollten sich der kommende Niedersächsische Landtag und die nächste Landesregierung dafür einsetzen, die Bindung der Kommunen an die VOB/A dauerhaft sicherzustellen. Klare rechtliche Rahmenbedingungen für die Vergabe von Bauaufträgen durch die öffentliche Hand lägen nicht nur im Interesse der Bauwirtschaft, sondern vor allem auch im Interesse des Landes und der Kommunen.



Dr. Wolfgang Bayer, Bauass. Prof. Dr.-Ing. Rolf Warmbold, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Winfried Hassemer, Prof. Dr. Dr. h.c. Walther Ch. Zimmerli, Prof. Dipl.-Kfm. Michael Sommer, Dipl.-Ing. Olaf Hasselmann (v.l.n.r.)

### Straßenmeistereien: Vorschnelles Urteil

(brb).-Die vor drei Jahren begonnenen Modellversuche zur Reform der Straßenmeistereien sind beendet. Das Land Niedersachsen hat ein wissenschaftliches Gutachten in Auftrag gegeben, um herauszufinden, welche Betriebsform die geeignetste ist. Neben den beiden Straßenmeistereien Fürstenau und Herzberg, deren Dienstleistungen von Privatunternehmen erbracht wurden, wurden zwei Minimistereien mit größerer Vergabetätigkeit bestimmt, und zwei Meistereien sollten von Landkreisen übernommen werden.

Der Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen sieht in dem Artikel der Neuen Presse aus Hannover vom 2. Oktober 2007 unter der Überschrift „Privater Straßendienst ein Flop?“ eine vorschnelle Verurteilung. Vorrangig werden in dem Artikel Zweifel an der Sicherheit und gestiegene Kosten behandelt.

Die Privatisierung der Straßenmeistereien hat eine vorurteilsfreie Betrachtung ver-

weiter auf Seite 4

## Überblick

### 1 Thema des Monats:

[Bauindustrietag 2007](#)

[Straßenmeistereien: Vorschnelles Urteil](#)

### 2/3 Forum Nord:

[Im Gespräch mit den Vorsitzenden der Landtagsfraktionen im Niedersächsischen Landtag](#)

[Baustimmen zum Wahljahr 2008](#)

### 4 Kommentar

[Farbe bekennen](#)

[Prof. Warmbold weiter  
Straßenbau-Vorstand](#)

[Tiefbauhalle im ABZ Mellendorf  
vergrößert](#)

[Öffentliche Bauausgaben uneinheitlich](#)

Fortsetzung von Seite 1:

[Straßenmeistereien: Vorschnelles Urteil](#)

[Impressum](#)



## Forum Nord

### Baustimmen zum Wahljahr 2008

(brb).-Im Gespräch mit den Vorsitzenden der Landtagsfraktionen im Niedersächsischen Landtag

**Frage 1.:** Was wird Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode für die Bauwirtschaft in Niedersachsen tun?



**David McAllister**  
(CDU-Fraktion):

In der kommenden Legislaturperiode wird die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag den Landeshaushalt weiter sanieren,

gleichzeitig aber durch gezielte Investitionen weitere private Folgeinvestitionen auslösen. Folgende Investitionen sind u.a. vorgesehen:

- Ausgaben im Hochbau von 2008 bis 2011 in Höhe von insgesamt 520 Millionen Euro, z.B. für den Neubau der Landesmusikakademie in Wolfenbüttel, das Landeskriminalamt in Hannover, den Neubau des Staatsarchivs in Stade und ein gemeinsames Grundbuch- und Grundaktenarchiv mit Hamburg, das Landeskrankenhaus Göttingen und das Herzog-Anton-Ulrich Museum in Braunschweig.
- im selben Zeitraum Ausgaben im Hochschulbau von jährlich fast 150 Millionen Euro
- im Verkehr stehen für die Bundesfernstraßen jährlich 500 Millionen Euro Bundesmittel bereit, momentan sind für die Landesstraßen im Haushaltsentwurf des Landes für 2008 insgesamt 50 Millionen Euro eingeplant
- ca. 125 Millionen Euro nach dem Entflechtungsgesetz für den kommunalen Straßenbau und den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)
- bis zur geplanten Inbetriebnahme im Jahr 2010 fast 1 Milliarde Euro für das Zukunftssprojekt Jade-Weser-Port für die Infrastruktur und die Suprastruktur (Gebäude, Lagerhallen, Kräne, Rampen), etwa die Hälfte davon allein durch das Land Niedersachsen
- für Investitionen in andere niedersächsische Seehäfen (u.a. Cuxhaven, Stade-Bützfleth, Emden) zusätzlich 200 Millionen Euro Landesmittel bis 2013
- Investitionen für den Küsten- und Hochwasserschutz von über 80 Millionen Euro in 2008.

Von allen diesen Maßnahmen wird besonders die Bauwirtschaft in Niedersachsen

durch eine Vielzahl von Aufträgen erheblich profitieren.



**Wolfgang Jüttner**  
(SPD-Fraktion):

Der Entwurf des SPD-Landeswahlprogramms enthält eine Vielzahl von Forderungen zur Stärkung der mittelständischen Wirtschaft und damit auch der Bauwirtschaft. Hier einige wichtige Punkte: Eine SPD-geführte Landesregierung wird das Landesvergabegesetz erneuern und den Schwellenwert wieder absenken. Tariftreue muss vonseiten des Staates nicht nur vorgeschrieben, sondern durch regelmäßige Kontrollen auch überwacht werden.

Wir werden die notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen, um die Innovationsfähigkeit niedersächsischer Unternehmen und Handwerksbetriebe zu erhalten und auszubauen. Die immense Kaufkraft des Staates ist auf innovative Produkte und Dienstleistungen zu lenken.

Wir werden die Mittel des kommunalen Finanzausgleichs wieder anheben. Damit haben die niedersächsischen Städte und Gemeinden jährlich über 100 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung, um durch gezielte Investitionen dem Sanierungsstau und dem schleichenden Vermögensverzehr bei öffentlichen Einrichtungen entgegenzuwirken. Gerade hier können faire Konzepte der Öffentlich-Privaten-Partnerschaft (ÖPP) eingesetzt werden.

Durch Verknüpfung der 2,5 Milliarden Euro EU-Fördermittel mit Cofinanzierungen durch Landes-, kommunale und private Mittel werden wir die einmalige Chance nutzen, mit einem Programm das Land und seine Region für den künftigen Wettbewerb fit zu machen.

Wir werden das Straßennetz des Landes aber auch den umfangreichen Immobilienbestand Niedersachsens durch laufende Investitionen sanieren und die Werte damit dauerhaft erhalten. Von diesen Investitionen profitiert nicht zuletzt die heimische Bauwirtschaft.



**Dr. Philipp Rösler**  
(FDP-Fraktion):

Folgende Initiativen im Baubereich sind für die nächste Legislaturperiode geplant:

- Erneute Novelle der NBauO mit einer weiteren Vereinfachung von Genehmigungsverfahren, um Baumaßnahmen zu erleichtern

- Fortsetzung der Städtebauförderung auch in den Programmbereichen Soziale Stadt und Stadtumbau West, damit erreichen wir ein Investitionsvolumen, das als Folgewirkung ein Mehrfaches der eingesetzten Landesmittel umfasst

- Verabschiedung eines Wohnraumförderungsgesetzes des Landes zur Absicherung der Förderung im Wohnungsbau, bei der die Gesetzgebungskompetenz mit der Föderalismusreform auf das Land übergegangen ist. Hauptziele der Wohnraumförderung sind der Eigentümerwerb von Familien, altengerechte Wohnraumanpassungen und die energetische Modernisierung.

- Weitere Aufstockung der Investitionsmittel im Baubereich



**Stefan Wenzel**  
(Bündnis 90/  
Die Grünen-Fraktion):

Uns ist bewusst, dass die Bauwirtschaft sich seit Jahren in einer strukturellen Krise befindet. Ursache

ist das Zusammenwirken mehrerer Einflussgrößen. Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten hat zu Beginn der neunziger Jahre der Bauwirtschaft einen einmaligen Boom beschert. Die in den neunziger Jahren entstandenen Überkapazitäten sind in den vergangenen Jahren abgebaut worden. Auch die andauernde inländische Konsumschwäche und die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte treffen die Baubranche stärker als andere Bereiche. Durch eine Neukonzeption der Wirtschaftsförderung wollen wir Umschichtungen von Landesmitteln in Höhe von zunächst 150 Millionen Euro vornehmen, die für klimarelevante Maßnahmen einzusetzen sind. Investitionen in regenerative Energien sind Investitionen in ökologische Industrieprodukte, Ingenieurs- und Handwerksleistungen. Der notwendige Umbau der Energiewirtschaft hilft also nicht nur dem Klima, er ist auch ein kräftiger Jobmotor. Die riesigen Einsparpotenziale durch Wärmedämmung und Gebäudesanierung sind ein Wachstumsprogramm für die Bauwirtschaft, einem der wichtigsten Arbeitgeber im Land.

**Frage 2.:** Die Verkehrsinfrastruktur Niedersachsens muss angesichts steigender Mobilität und zunehmender Gütertransporte weiter ausgebaut werden. Der niedersächsische Landesrechnungshof fordert z.B. in seinem Jahresbericht 2007 unter dem Punkt „Haus-



halts- und Wirtschaftsführung des Landes“, einen Ansatz von 70 Millionen Euro jährlich für den Landesstraßenbau. Wie soll diese Forderung des Landesrechnungshofes im Landeshaushalt umgesetzt werden und welche Prioritäten sollen hierbei gesetzt werden?

#### David McAllister (CDU-Fraktion):

Der Standort Niedersachsen kann nur dann attraktiv bleiben, wenn er eine Infrastruktur bietet, die national und international wettbewerbsfähig ist. Leistungsfähige Landesstraßen haben dabei eine hohe Priorität. Die Landesregierung hat daher die Aufstockung der Mittel für die Landesstraßen im Haushaltsplan 2008 auf 50 Millionen Euro beschlossen. Dies sind 8,2 Millionen Euro mehr als 2007 und über 16 Millionen Euro mehr als 2006. Im Rahmen der jetzt anstehenden Beratungen für den Haushalt 2008 wollen wir über weitere Aufstockungen beraten. Einen Etat von 70 Millionen Euro jährlich für Landesstraßen werden wir nach der jetzigen mittelfristigen Planung bis zum Jahr 2010 umsetzen können.

#### Wolfgang Jüttner (SPD-Fraktion):

Der Landesrechnungshof kritisiert zu Recht die viel zu geringen Haushaltsmittel für den Straßenunterhalt. In den vergangenen Jahren hat ein verantwortungsloser Vermögensverzehr stattgefunden, da die Investitionsmittel die objektiven Unterhaltungskosten deutlich unterschritten haben. Ein solcher Investitionsboykott hat nichts mit sparen zu tun. Im Gegenteil: Die Kosten für die Instandhaltung steigen weiter an. Dies wird eine SPD-Landesregierung ändern. Die Straßenbauplaffonds werden schrittweise erhöht. Für den Einsatz der Mittel ist eine Prioritätenliste aufzustellen. Nach den erforderlichen „Notreparaturen“ werden die Straßen nach Berechnung einer volkswirtschaftlichen Nutzen-Kosten Relation gebaut bzw. ausgebaut.

#### Dr. Philipp Rösler (FDP-Fraktion):

Im Haushalt 2008 die Mittel für die Straßenbauverwaltung um mindestens 16,7 Millionen Euro auf 121,1 Millionen Euro aufgestockt. Schwerpunkte sind Investitionen in die Landesstraßen, die um 8,2 Millionen Euro auf 50 Millionen aufgestockt werden sowie der Ausbau der A1, für den zusätzliche 3,5 Millionen Euro aus Landesmitteln bereitgestellt werden. Für die Jahre 2009 und 2010 ist eine weitere Aufstockung der Mittel für Landesstraßen um jeweils 10 Millionen Euro vorgesehen, so dass ab 2010 die für Erhalt des Straßennetzes notwendi-

gen 70 Millionen jährlich bereitstehen. Die FDP-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass die Mittel für Landesstraßen bereits im Haushalt 2008 auf mehr als die bisher eingeplanten 50 Millionen aufgestockt werden.

#### Stefan Wenzel (Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion):

Die Infrastrukturpolitik der Landesregierung hat sich meiner Meinung nach bislang viel zu einseitig auf die Straßeninfrastruktur konzentriert statt auf die der klimafreundlichen Verkehrsträger. Klimawandel, steigende Energiepreise und neue technologische Entwicklungen stellen unsere ganze Gesellschaft vor Herausforderungen, die in ihrer Dimension von der jetzigen Landesregierung nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Wir brauchen eine Bahnrevolution: Vor dem Hintergrund des Klimawandels muss die Bahn einen viel größeren Anteil am Gesamtverkehr übernehmen. Außerdem muss der Ausbau von Telematikanwendungen im Straßenverkehr forciert werden. Die Kapazität des Straßennetzes könnte dann vielerorts ohne Neu- und Ausbau an den Bedarf angepasst werden. Wer allerdings die Ursachen von Verkehrsstaus beseitigen will, der muss den ÖPNV stärken und den Verkehrsfluss durch ein allgemeines Tempolimit verstetigen.

**Frage 3:** Das Landesvergabegesetz, das neben der Tariftreueregelung zahlreiche weitere für die Bauwirtschaft wichtige Regelungen enthält, ist bis Ende 2008 befristet. Werden Sie sich für eine Verlängerung oder Entfristung dieses Gesetzes einsetzen und zwar auch für den Fall, dass der Europäische Gerichtshof in dem Gesetz enthaltene Tariftreueregelung als nicht mit dem EU-Recht vereinbar einstufen sollte?

#### David McAllister (CDU-Fraktion):

Über eine mögliche Verlängerung der Geltungsdauer des Niedersächsischen Landesvergabegesetzes über 2008 hinaus wird die CDU-Fraktion auf der Grundlage einer umfassenden Bewertung des Gesetzes bis Mitte nächsten Jahres entscheiden. Für uns ist wichtig: Das Gesetz muss seinen Zweck erfüllen, eine schnelle, unbürokratische und transparente Vergabe öffentlicher Bauaufträge sicherzustellen und mit einer Tariftreueklausel Wettbewerbsverzerrungen effektiv entgegenwirken. Eine unabhängige Untersuchung soll die notwendigen Grundlagen für eine entsprechende Entscheidung liefern. Wir sehen deshalb einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs über die Tarif-

treueklausel des Gesetzes gelassen entgegen.

#### Wolfgang Jüttner (SPD-Fraktion):

Das Vergabegesetz ist im August 2002 von der SPD Mehrheit im Landtag beschlossen worden – ohne zeitliche Beschränkung. Die neue Landtagsmehrheit aus CDU und FDP hat den Anwendungsbereich stark eingeschränkt und das Gesetz darüber hinaus befristet. Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Befristung streichen und die Schwellenwerte des Vergabegesetzes wieder absenken. Sollte das Gesetz gegen europarechtliche Vorschriften verstoßen, ist es entsprechend anzupassen, ohne dass der Regelungskern, nämlich Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt angetastet wird.

#### Dr. Philipp Rösler (FDP-Fraktion):

Das Landesvergabegesetz wurde eingeführt, um niedersächsische Handwerker vor extrem niedrigen Löhnen zu schützen. Leider ist das Landesvergabegesetz über dieses Ziel hinausgeschossen und zu einem regelrechten Bürokratiemonster verkommen, unter dem eben auch der Mittelstand leidet. Bereits in dieser Legislaturperiode haben wir das Gesetz in einigen wichtigen Punkten überarbeitet. Vor seinem Auslaufen Ende 2008 werden wir die Auswirkungen des Landesvergabegesetzes genau prüfen und entscheiden, ob und in welcher Form es fortbestehen soll. Dabei werden wir natürlich die Entscheidung des EuGH sowie ein mögliches neues Vergabegesetz des Bundes berücksichtigen.

#### Stefan Wenzel (Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion):

Mit einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zur Tariftreueregelung muss man sich dann auseinandersetzen, wenn diese Entscheidung vorliegt.

Das Landesvergabegesetz mit der Tariftreueregelung geht ein Problem an, dass ein gesellschaftlich hochrelevantes ist. In bestimmten Bereichen gibt es einen höchst ruinösen Wettbewerb, in dem am Ende alle verlieren: die Sicherungssysteme, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und in letzter Konsequenz dann auch der Staat, weil man das, was man kurzfristig spart, am Ende über Aufstocker, Hartz IV und andere Auffangleistungen wieder ausgeben muss.



**Kommentar:**

**Farbe bekennen**

(brb).-„Was geht mich heute mein Geschwätz von gestern an?“ Der Satz wird Konrad Adenauer zugeschrieben, dem ersten deutschen Bundeskanzler. Adenauer, ein Glücksfall für das westliche Nachkriegsdeutschland, war ein Mann mit Grundsätzen und zugleich ein ausgesprochener Pragmatiker. Und wenn er bisweilen so etwas wie den Himmel auf Erden versprochen hat, dann haben das nur jene als bare Münze genommen, die sein Augenzwinkern nicht sehen wollten.

In die moderne Welt passte einer wie Konrad Adenauer wohl nicht mehr hinein. In unserem Jahrhundert sind Politiker fast durch die Bank Leute ohne Ecken und Kanten, deren Fähnchen stets rechtzeitig Wind hängen, der sich gerade gedreht hat. Die kürzlich in neuer Heftigkeit aufgeflamten Diskussionen um Tempolimit und Kilometerpauschale, um ALG und Mindestlohn haben es gezeigt. Wenn Politiker und Parteien heutzutage Versprechungen machen, dann bewundern sie zuvörderst ihre wundervollen Beschlüsse, wissen zugleich, dass sich nichts oder nur wenig davon verwirklichen lassen wird, und sind überzeugt, das Publikum werde spätestens übermorgen ohnehin alles vergessen haben.

Darum ist es so wichtig, von Parteien und Politiker insbesondere vor Wahlen Festlegungen zu verlangen, die sich nach der Wahl nicht einfach vom Tisch wischen lassen. Der Bauindustrieverband hat das richtigerweise jetzt getan und den Fraktionschefs im niedersächsischen Landtag die Fragen gestellt, welche die Unternehmen der Branche und deren Beschäftigte bewegen. Wie soll künftig die sogar vom Rechnungshof als bisher unzureichend beanstandete Finanzierung des Landesstraßenbaus aussehen und wo sollen die Prioritäten gesetzt werden? Was soll mit dem Landesvergabegesetz geschehen, das bis Ende nächsten Jahres befristet ist und das u.a. die wichtige Tariftreuerregelung enthält? Und was wollen die Fraktionen in der neuen Legislaturperiode überhaupt für die Bauwirtschaft tun?

Selbstverständlich ist der Inhalt von Absichtserklärungen nicht einzuklagen. Aber es ist keineswegs bedeutungslos, was die Politik zu den Problemen sagt, die in diesen Fragen stecken. Den Polier interessiert das genauso wie seinen Chef – und beide werden im Frühjahr zur Wahl gehen.

**Tiefbauhalle im ABZ Mellendorf vergrößert**

(brb).-Die veränderten, tiefbauorientierten überbetrieblichen Ausbildungsstrukturen im ABZ Mellendorf des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen haben jetzt auch bauliche Veränderungen zur Folge.

Die Trainingsfläche der Tiefbauhalle wurde auf 690 m² vergrößert, bei einer Arbeitstiefe von 2,00 m. Die Veränderungen ermöglichen eine optimale Ausbildungssituation für die Pflastertechnik und den normgerechten Verbau.



Fortsetzung von Seite 1:

**Straßenmeistereien: Vorschnelles Urteil** dient. Der Versuch des Landes, Landkreise zur Übernahme des Straßenbetriebsdienstes zu bewegen und damit Synergieeffekte zu erzielen, ist erfolglos geblieben. Das Gutachten zu den Modellversuchen liegt dem Wirtschaftsministerium bereits seit einiger Zeit vor. Daraus ergibt sich, dass Niedersachsen bei geeigneten Rahmenbedingungen durch die Übertragung von Straßenmeistereien an Privatunternehmen Einsparungen bei bleibendem Leistungsumfang erzielen kann. Auch der bevorstehende Landtagswahlkampf sollte einer ruhigen Analyse der Tatsachen nicht im Wege stehen.

**Öffentliche Bauausgaben uneinheitlich**

(brb).-Die Kassenstatistik weist für die Bauausgaben des Bundes im 1. Halbjahr 2007 mit 1,78 Millionen Euro ein leichtes Plus von 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum aus. Positiv zeigen sich auch die Bauausgaben des Landes Niedersachsen mit 31,9 Millionen Euro und einem Zuwachs von 13,5 Prozent. Demgegenüber haben die Kommunen in Niedersachsen mit 370,2 Millionen Euro 6,9 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum ausgegeben. Der Stadtstaat Bremen weist mit 23,8 Millionen Euro einen deutlichen Rückgang von 27,4 Prozent aus. Die Momentaufnahme zeigt, dass der leicht positive Trend in der Bauwirtschaft noch nicht in allen Bereichen spürbar ist.

**Prof. Warmbold weiter Straßenbau-Vorstand**

(brb).-Bauass. Prof. Dr.-Ing. Rolf Warmbold, Präsident des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen, ist auf der Delegiertenversammlung der Bundesfachabteilung Straßenbau im Hauptverband der Deutschen Bauindustrie für weitere vier Jahre zum Vorstandsmitglied gewählt worden.

**Impressum**

|  |   |
|--|---|
| Druckerei Gebrüder Höltje GmbH<br>Escherstraße 22, 30159 Hannover<br>Telefon (05 11) 70 08 60<br>Telefax (05 11) 7 00 86 86<br>ISDN (05 11) 7 00 86 71 | Sparkasse Hannover<br>Konto 547 646, BLZ 250 501 80<br>Verantwortlich: Dr. Hans-Peter Sattler |
| Norddeutsche Landesbank<br>Girozentrale<br>Konto 101020 964, BLZ 250 500 00  | Nachdruck, auch auszugsweise gestattet. Quellenangabe und Belegexemplare erbeten.             |